



Arbeitnehmerkammer  
Bremen

Körperschaft  
des öffentlichen Rechts

Bürgerstraße 1  
28195 Bremen

Tel. 0421 36301-48  
Fax 0421 36301-89

[www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de)  
[presse@arbeitnehmerkammer.de](mailto:presse@arbeitnehmerkammer.de)



## Pressemitteilung 20/09

### Kurzfassung Bericht zur sozialen Lage (vormals Armutsbericht)

## → Schwerpunkt 2009: Wahlverdrossenheit „Demokratische Gleichheit in Bremen in Gefahr“

Nicht nur im Bund, auch in Bremen wurde bei der diesjährigen Bundestagswahl am 27. September die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen der Bundesrepublik gemessen. Wären die Nichtwähler im Berliner Bundestag vertreten, müsste man ihnen noch vor CDU/CSU und SPD den größten Platz im Plenarsaal frei räumen. Was bedeutet das politisch und gesellschaftlich? Mit dieser Frage hat sich die Arbeitnehmerkammer in ihrem neuen „Bericht zur sozialen Lage“ (vormals Armutsbericht) auseinandergesetzt.

→ 20.11.2009

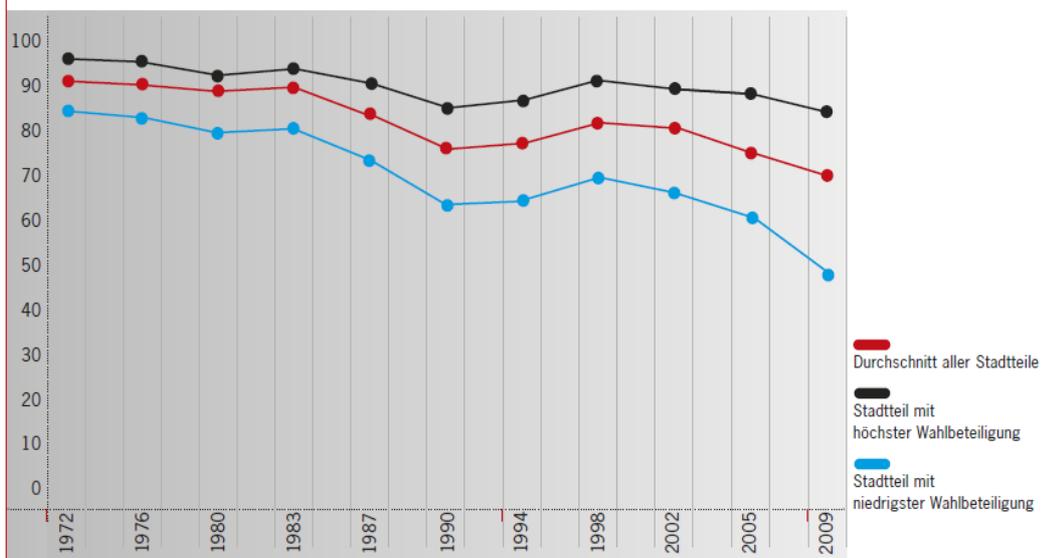
**Hauptgeschäftsführer Dr. Hans Endl:** „Für Politik und Parteien ist die historisch niedrige Wahlbeteiligung schon wieder Schnee von gestern. Das sollte sie aber nicht sein! In den ungleichen Zahlen zur Wahlbeteiligung zeigt sich auf beunruhigende Weise die Spaltung der Stadt. Die demokratische Gleichheit ist auch in Bremen in Gefahr.“

Der Wahlforschung zufolge gibt es einen engen Zusammenhang zwischen sozial und materiell unsicheren Lebenslagen und Wahlbeteiligung. Dies zeigt sich auch in der Verteilung von Armutsquoten und Nichtwähler-Zahlen (siehe Bericht Seite 7).

Das Land Bremen führt den Tross der wahlmüden Bundesländer im Westen an. Und Bremen ist auch das Bundesland mit der – im Westen – höchsten Armutsquote. Zudem spitzt sich ein seit langem bestehender Trend zu: Während in den klassisch bürgerlich geprägten Stadtteilen, in denen Menschen mit hohem sozialen Prestige leben, Wahlbeteiligungen von über 80 Prozent durchaus üblich sind, sackt die Beteiligung in Stadtteilen, in denen nur geringe materielle und soziale Sicherheit besteht auf nahezu 50 Prozent ab.

Nicht nur die Gefahr der politischen Passivität ist in den schlechter gestellten Stadtteilen größer, sie nimmt auch im Verlauf der Jahre zu. Anfang der 70er Jahre lag der Abstand zwischen den „Wähler-“ und „Nichtwähler-Stadtteilen“ noch bei 10 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 waren es fast 35 Prozent.

**Abbildung 4:**  
Wahlbeteiligung in Bremer Stadtteilen, 1972–2009



Daten: Statistisches Landesamt Bremen

Grafik: Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln<sup>2</sup>

**Hans Endl:** „Es muss allen zu denken geben, dass gerade diejenigen sich von der Wahl zurückziehen, die das stärkste Motiv hätten, ihre unbefriedigende soziale Lage zum Thema zu machen.“

Dies hat gravierende Folgen für die repräsentative Demokratie. Wahlen sind unter den diversen Möglichkeiten politischer Teilhabe die am wenigsten verzerrte Form der Beteiligung. Bei einer hohen Wahlbeteiligung kann man davon ausgehen, dass alle Schichten und Milieus ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen. Andere Formen der Partizipation – Mitwirkung in Beiräten, Bürgerinitiativen etc. – werden überwiegend von sozial abgesicherten und „artikulierten“ Milieus wahrgenommen. Das heißt aber auch: Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto verzerrter das politische Meinungsbild. Durch die soziale Ungleichheit der Nichtwahl wird die politische Kommunikation zwischen Wählern und Volksvertretern zulasten der sozial Schwachen verzerrt.

**Karl Schlichting**, Kreiswahlleiter beim Statistischen Landesamt Bremen, hat für den Bericht Bremer Stadtteile typisiert. Diese Ortsteile wurden dabei anhand ihrer jeweiligen sozialräumlichen Merkmale zu insgesamt sechs Typen zusammengefasst, und zwar zu drei Wählerhochburgen sowie drei Nichtwählerhochburgen (siehe Karte Bericht S. 50).

Dementsprechend wurden die folgenden Gebietstypen definiert:

- Traditionell bürgerliche Wohngebiete (Borgfeld, Oberneuland, Bürgerpark, Schwachhausen, Barkhof, Gete, Radio Bremen, Neu-Schwachhausen, Horn)
- Bürgerliche Mitte (Habenhausen, Grolland, Riensberg, St. Magnus, Lehe, Weidedamm, Lehesterdeich, Lesum)
- Alternativ-urbane Wohngebiete (Fesenfeld, Peterswerder, Ostertor, Steintor),
- Mischgebiete mit Mehrproblemlagen (Grohn, Blumenthal, Lüssum-Bockhorn, Mittelshuchting, Hemelingen, Burgdamm, Kattenturm, Sodenmatt),

- Ehemalige Hafen- und Produktionsarbeiterwohngebiete (Oslebshausen, Lindenhof, Ohlenhof, Gröpelingen) und
- Großsiedlungen (Neue Vahr Südwest, Neue Vahr Südost, Blockdiek, Neue Vahr Nord, Tenever)

Gesamtbremisch nahm die Wahlenthaltung vom niedrigsten Niveau im Jahre 1972 mit knapp 8,4 Prozent auf 28,6 Prozent zu. In „echten“ Zahlen heißt das, dass 2009 115.259 Bremerinnen und Bremer (von 402.884) nicht zur Wahl gegangen sind. Aktuell weisen die traditionell bürgerlichen Wohngebiete im Verhältnis zu anderen die höchste Wahlbeteiligung auf. Diese und andere Ergebnisse der sozialräumlichen Analyse bestätigen die einfache Faustformel der Wahlforschung: Je höher der Sozialstatus, desto höher die Wahlbeteiligung. Und umgekehrt: Die Wahlenthaltung in den Großsiedlungen stieg 2009 auf den Höchstwert von fast 43 Prozent anstieg, dicht gefolgt von den ehemaligen Hafen- und Produktionsarbeiterwohngebieten mit gut 41 Prozent.

**Karl Schlichting:** „Bedenklich ist die sich beschleunigende Erosion der Wahlbeteiligung in den Wählermilieus der sozial prekären Ortsteile. Mittlerweile geht die massenhafte Wahlenthaltung längst über die sogenannten Modernisierungsverlierer hinaus. Bis in die noch beschäftigten Mittelschichten wächst die soziale Verunsicherung und lässt entsolidarisierende Verhaltensweisen erkennen. Anhaltende Arbeitslosigkeit, soziale Segregation und Armut untergraben die politische Gleichheit.“

In einem weiteren Beitrag zum Bericht bereiten **Iris Krimmel und Professor Dr. Lothar Probst** (Universität Bremen, Arbeitsbereich Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung) Theorien zur Wahlbeteiligung sowie zum Zusammenhang von Armut und Wahlenthaltung auf. Im letzten Kapitel ziehen sie Schlüsse für die politische Kultur der Bundesrepublik: „Wenn die soziale Spreizung der Gesellschaft weiter zunimmt, könnte sich der Trend in Richtung Wahlenthaltung sozial marginalisierter Personen und Gruppen noch vertiefen. Ein solches Partizipations- und Repräsentationsdefizit sollte sich eine demokratische Gesellschaft auf Dauer nicht leisten. Die Bekämpfung von Armut muss nicht nur aus sozialen, sondern auch aus demokratiepolitischen Gründen eine hohe Priorität in der Politik haben.“

**Ralf Lorenzen** schließlich, Soziologe und freier Journalist aus Hamburg, führte qualitative Interviews mit „typischen“ Bremerinnen und Bremern aus soziokulturell unterschiedlich strukturierten bremischen Stadtteilen. Das Spektrum reichte vom Angestellten mit sicherem Arbeitsplatz über die Handwerkerfamilie mit fünf Kindern bis zur alleinerziehenden Ein-Euro-Jobberin.

„Wer sich im Vorfeld der Bundestagswahl in sozialen Brennpunkten Bremens umgehört hat, hat sich am 27. September um 18 Uhr nicht über das Ergebnis gewundert. Umso erstaunlicher wirkt der Schockzustand, den das Ergebnis bei den Wahlverlierern ausgelöst hat. Er ist ein deutliches Indiz für das, was die Befragten dieser kleinen Studie am allermeisten an ihnen vermissen: Kenntnis ihrer Probleme, Nähe zu ihren Interessen.“

Der Beitrag von **Paul M. Schröder** schließlich, Leiter des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, liefert aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Armutsentwicklung im Bundesland Bremen, die die sachliche Grundlage für unseren Bericht liefern.

### Armut in Bremen:

Im März 2009 zählten in der **Stadt Bremen** insgesamt 52.316 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur Armutsbevölkerung. Dies waren 2,6 Prozent (1.397) weniger als ein Jahr zuvor. Im kurzfristigen Vergleich sieht es allerdings anders aus: Im März 2009 waren 1.663 (3,3 Prozent) mehr Frauen und Männer auf Alg II angewiesen als im November 2008.

In **Bremerhaven** waren im März 2009 insgesamt 15.288 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Dies waren 7,9 Prozent (1.314) weniger als ein Jahr zuvor. Dennoch gilt auch für Bremerhaven, dass der stetige Rückgang der Alg-II-Bezieher/innen im ersten Quartal des Jahres zu Ende ging.

Problematisch bleibt insbesondere die Alg-II-Dichte bei der **Gruppe der 15- bis 18-Jährigen**, die mit 190 von 1.000 zwar unter dem Vergleichswert des vergangenen Jahres (206) liegt, aber eben immer noch signifikant über dem Durchschnitt (144). Hier zeigt sich das fortbestehende Problem der nachrückenden Generationen, Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu finden (Stadt Bremen; in Bremerhaven: 274).

Im März 2008 waren 21,5 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen **50 Jahre und älter**, im März dieses Jahres waren es bereits 22,5 Prozent. Zum einen könnte sich hier eine beginnende Altersarmut erstmals abbilden, zum anderen – sollte sich der Trend verfestigen, liefert er ein zusätzliches Argument gegen die in jeder Hinsicht widersprüchliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

### Kinderarmut:

Im März 2009 lebten in der **Stadt Bremen** 286 von 1.000 Kindern im Alter unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften (2008: 299). Drastischer fällt dieser Befund für die Stadt Bremerhaven aus: Im März 2009 lebten 376 Kinder im entsprechenden Alter in Bedarfsgemeinschaften (März 2008: 411). Der Anteil der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften lag in der Stadt Bremerhaven um 31,6 Prozent über dem Anteil der Stadt Bremen.

### Städtevergleich:

Die **Stadt Bremen** belegt im Großstädtevergleich bei der Alg-II-Dichte der 15- bis unter 65-Jährigen hinter Berlin, Leipzig, Duisburg, Essen und Dortmund den sechsten Platz. Besser als Bremen schneiden auf den Rängen 7 bis 13 die Städte Dresden, Köln, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und Nürnberg ab.

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte in der **Stadt Bremerhaven** nahm im Vergleich zum März 2008 zwar ab, war aber weiterhin die mit Abstand höchste unter zwölf vergleichbaren Städten: Hinter Bremerhaven mit einer Alg-II-Dichte von 206 pro 1.000 Einwohnern/innen folgen als nächstes Rostock (177), Gera (172) und Wilhelmshaven (161).